

WARUM DÜRFEN GOOGLE UND FACEBOOK MEINE DATEN TEILEN, DIE STADT- VERWALTUNG ABER NICHT?

Politikbrief

01/2017

Kommunalverwaltung:

Digitale Leistungskraft entfesseln

2

EU:

Zentrale Rolle für die Digitalisierung der Verwaltung

3

Informationssicherheit:

Wer mehr fordert, muss mehr fördern

4

Portalverbund:

Die richtigen Voraussetzungen schaffen

5

Registermodernisierung:

So geht's

6

Städte und Gemeinden gehören zu den Vorreitern bei der Digitalisierung. Sie treiben Online-Bürgerdienste voran, rüsten Schulen mit neuesten digitalen Technologien aus und arbeiten an der dezentralen Verkehrssteuerung. Allerdings werden die Bemühungen der Kommunen immer wieder ausgebremst. Besonders im Verwaltungsrecht sind Reformen dringend geboten, um die digitale Leistungskraft zu entfesseln. Die neue Bundesregierung ist gefordert.

Beispiel Kindergeld:



Es geht auch einfacher

Prozess in Deutschland ab Geburt:

-  Suche nach der zuständigen Familienkasse
-  Formulsuche auf der Website
-  Download Antragsformular
-  Ausdruck Antragsformular
-  Ausfüllen Antragsformular
-  Rücksendung Antragsformular
-  Prüfung Antragsformular
-  Antragsgewährung oder -ablehnung
-  Bescheid auf dem Postwege

≈ 9 Schritte

Prozess in Österreich ab Geburt:

-  Beteiligte Behörden tauschen sich untereinander aus
-  Automatischer Bescheid

= 0 Schritte

Vitako stellt sich vor

Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister (Vitako) vertritt 55 Rechenzentren, Software- und IT-Serviceunternehmen. Ihre Mitglieder verantworten die IT-Arbeit in mehr als 80 Prozent der deutschen Städten und Gemeinden. Vitako setzt sich dafür ein, dass Bürger, Unternehmen und Verwaltungen das Potenzial der Digitalisierung voll ausschöpfen und von ihr profitieren können.

Auf den grundlegenden Wandel eingehen

Vitako plädiert als Verband der kommunalen IT-Dienstleister dafür, dass der Rechtsrahmen den grundlegenden Wandel in den deutschen Amtsstuben widerspiegelt. Dabei gelten folgende Prämissen:

- › **Elektronische Verarbeitung zur Regel machen:** Automatisierung ist nicht nur für die Industrie ein Megathema. Auch einige Verwaltungsprozesse wie die Bearbeitung von Steuererklärungen oder die Ausstellung von Anwohnerparkausweisen laufen bereits automatisiert und ohne Zutun durch Sachbearbeiter ab. Dieses Angebot gilt es auszuweiten – auch Ansprüche auf Leistungen wie Elterngeld sollten automatisch erfasst, bearbeitet und gewährt werden. Andere EU-Länder wie Österreich oder Estland zeigen bereits, dass dies ohne Einbußen bei Rechtssicherheit oder Datenschutz möglich ist.
- › **Schriftform und persönliches Erscheinen abschaffen:** Für viele Rechtsgeschäfte müssen die Bürger bislang persönlich auf dem Amt erscheinen – entweder, weil das Verwaltungsrecht einen digitalen Austausch nicht vorsieht oder weil die Behörden traditionell vom persönlichen Erscheinen ausgehen und dieses ohne Not einfordern. Diese antiquierte Vorgehensweise sollte beendet werden. Schriftform und persönliches Erscheinen können problemlos durch digitale Kommunikation und Online-Identifizierung per Personalausweis ersetzt werden. Ausnahmen sollten nur noch im Einzelfall zulässig sein.
- › **Weiterleitung der Daten ermöglichen:** Aus Sicht von Vitako sollte die Zahl der Behördengänge auf ein Minimum reduziert werden. Das sogenannte „Once Only“-Prinzip funktioniert aber nur dann, wenn die Behörden Daten auch untereinander weiterleiten dürfen. Das Datenschutzrecht ist entsprechend zu modernisieren. Warum sollte ausgerechnet klar regulierten Behörden die interne Datenweiterleitung untersagt bleiben, während in der Privatwirtschaft solche Möglichkeiten genutzt werden können?

**KOMMUNAL-
VERWALTUNG:
DIGITALE LEISTUNGS-
KRAFT ENTFESSELN**

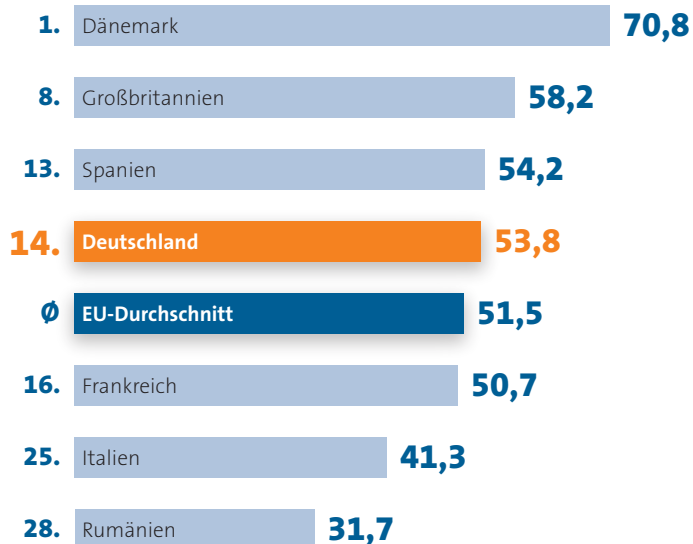
Kaum ein Land profitiert von der europäischen Integration so sehr wie Deutschland. Die Integration muss aber auch im Bereich Digitalisierung noch weiter vorangetrieben werden. Dieses geschieht gerade beim Single Digital Gateway – einem europäischen Leuchtturmprojekt, mit dem grenzüberschreitende „Behördengänge“ einfacher werden sollen. Voraussetzung ist allerdings, dass das Vorhaben praxisnah ausgestaltet wird. Vitako bringt dabei das kommunale Know-how ein.

Austausch erleichtern

Deutschland wickelt zwei Drittel seines Außenhandels mit anderen EU-Staaten ab. 2016 ließen sich 685.000 EU-Bürger hierzulande nieder, um zu arbeiten oder zu studieren. Und viele Städte und Regionen arbeiten schon seit Jahrzehnten grenzüberschreitend zusammen – allein in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und den Niederlanden kooperieren 130 Kommunen über das Euregio-Programm in Fragen von Wirtschaftsförderung, Bürgerdiensten und Kulturpolitik.

Zielsetzung: Europäischer Digitalmarkt

Index der digitalen Entwicklung. Berücksichtigt werden u. a. digitale Verwaltungsdienste und Infrastruktur.



Das geplante Single Digital Gateway wird diesen Austausch weiter erleichtern. Ziel des Vorhabens ist der Aufbau eines Online-Portals mit den wichtigsten Verwaltungsverfahren, die europaweit abgewickelt werden können. Ein Umzug von Barcelona nach Bonn soll künftig ebenso leicht sein wie von Berlin aus. Die EU-Kommission rechnet damit, dass Unternehmen durch das Single Digital Gateway 11 Milliarden Euro pro

Jahr einsparen und die Bürger bis zu 855.000 Stunden weniger Zeit für Behördengänge und Anträge aufwenden müssen. Entsprechend leichter wird die Arbeit auch für die Verwaltung. Das Gateway soll zudem kontinuierlich weiterentwickelt werden, indem die Bürger selber Vorschläge einbringen.

Ganzheitlicher Ansatz erforderlich

Das Single Digital Gateway gehört damit zu den wichtigsten Zukunftsprojekten für die digitale Verwaltung. Für Deutschland kommt es nun darauf an, dass der geplante Portalverbund – die Verknüpfung von Verwaltungsportalen bei Kommunen, Bundesländern und Bund – schon vorab mit den zu erwartenden EU-Anforderungen kompatibel ist. Bund und Länder stehen hier in der Pflicht. Vitako unterstützt das Vorhaben ausdrücklich und bringt sich in die Umsetzung ein, damit die Erfahrungen der Kommunen von Beginn an in den Prozess einfließen können.

Bei der Digitalisierung besteht derzeit ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Ein einheitlicher Rechtsrahmen soll das ändern – davon profitiert auch die Bundesrepublik.

Quelle: EU-Kommission, 2017

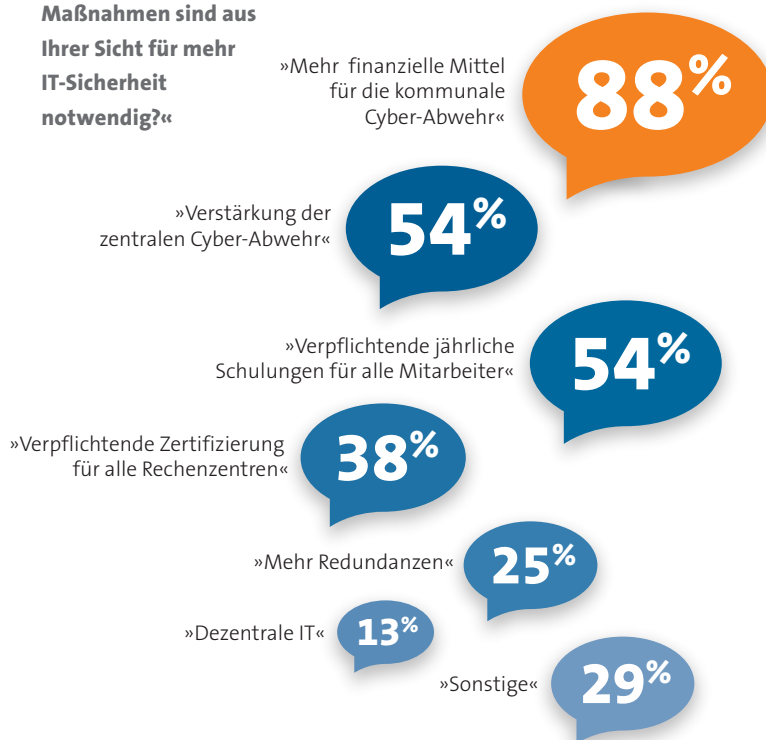
EU:
ZENTRALE
ROLLE FÜR DIE
DIGITALISIERUNG
DER VERWALTUNG

Der Bund will zu Recht die digitale Verwaltung. Doch damit Bürger und Unternehmen E-Government akzeptieren, muss es sicher sein. Gefragt sind Bund und Landesregierungen, aber auch die Verwaltungsspitzen der Kommunen.

Ergebnisse der Kurzumfrage IT-Sicherheit

Umfrage unter 53 Entscheidern der Vitako-Mitglieder

»Welche strukturellen Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht für mehr IT-Sicherheit notwendig?«



Keine Digitalisierung ohne Sicherheit

Fast nirgendwo sonst in Deutschland werden so viele sensible personenbezogene Daten von Bürgern und Unternehmen verarbeitet wie in den 11.000 Kommunalverwaltungen. Sie zu schützen stellt Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen – zumal sich die Bedrohungslage verschärft. Cyberkriminelle setzen mittlerweile nicht mehr nur auf Spionage und Datendiebstahl, sondern ganz offen auf Erpressung. Zum Einsatz kommen immer öfter Programme, die wichtige Dateien auf angegriffenen Computern verschlüsseln und nur gegen Lösegeld wieder freigeben.

Professionelle IT-Sicherheit gehört daher zu den Grundvoraussetzungen bei der Digitalisierung der Behördenarbeit. Aus Sicht von Vitako sollten die verantwortlichen Stellen:

- › **Kompetenzen stärken:** Neben technischen Lücken ist häufig der Mensch die Schwachstelle. Fingierte E-Mails sind von echten kaum noch zu unterscheiden. Mitarbeiter in den Verwaltungen müssen entsprechend sensibilisiert und geschult werden. Hier sind die Verwaltungschefs der Städte und Gemeinden gefragt – sie müssen IT-Sicherheit als strategische Leitungsaufgabe verstehen und regelmäßige Fortbildungen ihres Personals sicherstellen. Nur so werden die Risiken so weit wie möglich minimiert.
- › **Standards definieren:** Der Bund ist gemäß Onlinezugangsgesetz gefordert, einheitliche Standards zur IT-Sicherheit zu definieren. Das Bundesinnenministerium sollte dazu möglichst kurzfristig eine Rechtsverordnung vorlegen.
- › **Finanzielle Mittel bereitstellen:** Informationssicherheit bedeutet intensive Arbeit, klare Strukturen und qualifiziertes Personal. Das alles kostet Geld – und darf auch in Zeiten angespannter Kommunalhaushalte nicht zu kurz kommen. Der Bund sollte den Ländern und Kommunen die erforderlichen Mittel bereitstellen.

WannaCry bei Kommunen ohne Chance

Die Ransomware WannaCry attackierte im Mai 2017 nicht nur Privatrechner, sondern auch gezielt kritische Infrastruktur wie die Deutsche Bahn oder den britischen Gesundheitsdienst. Deutsche Kommunen waren davon nicht betroffen. Klar ist aber auch: Je ausgefeilter Cyberkriminelle vorgehen, desto mehr Ressourcen werden für die Informationssicherheit benötigt.

**INFORMATIONSSICHERHEIT:
WER MEHR FORDERT, MUSS MEHR FÖRDERN**

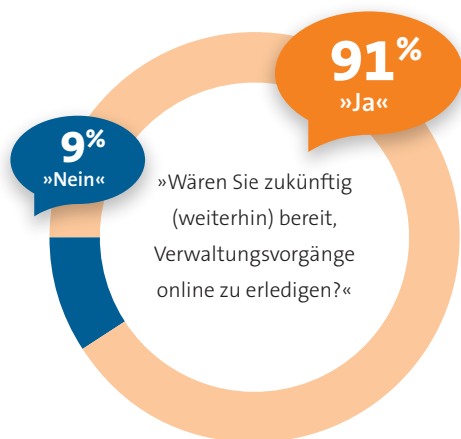
Ab 2022 wollen Bund, Länder und Kommunen ihre Verwaltungsportale in einem gemeinsamen Verbund verknüpfen. Damit das ehrgeizige Projekt im geplanten Zeitraum umgesetzt werden kann, müssen zentrale Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

Ehrgeiziges Vorhaben

Der sogenannte Portalverbund soll es Bürgern und Unternehmen ermöglichen, über ein eigenes Online-Konto Zugriff auf alle Verwaltungsleistungen zu haben – und zwar unabhängig davon, ob die einzelne Leistung von Bund, Ländern oder den Kommunen angeboten wird. Hierfür sollen die jeweiligen Verwaltungsportale miteinander vernetzt werden. Das Vorhaben verfolgt einen ehrgeizigen Zeitplan: Bereits 2018 sollen die ersten 100 Verwaltungsleistungen als Pilotprojekte zugänglich sein. Die vollständige Umsetzung ist für 2022 avisiert.

Bis dahin gilt es allerdings, noch mehrere Hürden zu überwinden. Die beiden wichtigsten Maßnahmen aus Sicht von Vitako:

Bürger wünschen sich digitale Verwaltung



- › **Föderale IT-Architektur sicherstellen:** Bei der digitalen Verwaltung gelten Länder wie Estland zu Recht als Vorbilder. Eine Online-Steuererklärung ist dort ebenso üblich wie die digitale Führerscheinprüfung oder der bargeldlose Parkscheinautomat auf dem Dorf. Deutschland sollte diese Zielsetzungen ebenso verfolgen, wobei allerdings wesentliche Unterschiede zu berücksichtigen sind. Estland hat nur 1,3 Millionen Einwohner und wird zentral regiert. Hierzulande haben sich hingegen über Jahrzehnte gewachsene föderale Strukturen bewährt – dies gilt auch für die IT-Strukturen. Zentralistische Ansätze verfehlen in Deutschland ihre Wirkung, föderale Lösungen sind effektiver.
- › **Kommunales Know-how einbeziehen:** Verantwortlich für die Umsetzung des Portalverbunds ist der IT-Planungsrat. In dem Gremium geben Bund und Länder den Ton an, Städte und Gemeinden bleiben weitgehend außen vor – die kommunalen Spitzenverbände haben lediglich Beraterstatus. Das ist problematisch: Wichtiges kommunales Know-how wird nicht berücksichtigt. Wünschenswert wäre zudem eine aktive Mitarbeit der kommunalen IT-Dienstleister in der föderalen IT-Kooperation FITKO.

Der Portalverbund ist das bislang ehrgeizigste Vorhaben im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung. Bund, Länder und Gemeinden können ihn nur gemeinsam umsetzen. Vitako steht als Verband der kommunalen IT-Dienstleister dafür bereit.



Quelle: PwC

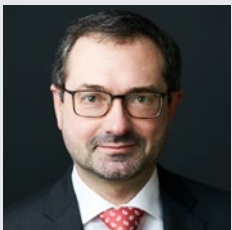
PORTALVERBUND: DIE RICHTIGEN VORAUSSETZUNGEN SCHAFFEN

Zu träge, zu bürokratisch, zu antiquiert – so lauten gängige Vorurteile mit Blick auf die Digitalisierung der Verwaltung. Der eGovernment-Monitor 2017 zeigt erschreckende Zahlen, der Normenkontrollrat macht die vielen Register in Deutschland als Ursache aus und fordert ein Registermodernisierungsgesetz. Doch reicht das schon aus?

Vitako

Vitako bündelt das Know-how von 55 Rechenzentren, Software- und Serviceunternehmen. Die Mitgliedsunternehmen betreuen mit mehr als **12.000 Beschäftigten** knapp 590.000 IT-Arbeitsplätze in **mehr als 10.000** Kommunen und generieren einen jährlichen Umsatz von **2,17 Milliarden Euro**.

Ihr Ansprechpartner



Dr. Ralf Resch
Geschäftsführer

Telefon 030 2063 156 11
ralf.resch@vitako.de

Herausgeber:

Vitako
Bundes-Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen IT-Dienstleister e.V.
Markgrafenstraße 22
10117 Berlin
www.vitako.de

Verantwortlich:

Dr. Ralf Resch, Geschäftsführer

Redaktionsschluss:

3. November 2017

Agenturpartner:

Köster Kommunikation
GDE Kommunikation gestalten

Register im Mittelpunkt

Besonders wichtig für die digitale Verwaltung ist der unkomplizierte Zugriff auf die Register der Kommunen – also Datenbanken wie zum Beispiel das Melde-, Personenstands- oder Gewerberegister. Ihre Ursprünge stammen aus der Zeit vor der Digitalisierung. Entsprechend waren sie ausschließlich in den einzelnen Städten und Gemeinden abrufbar. Im Zuge der Digitalisierung wird der schnelle Austausch der Daten aber immer wichtiger – insbesondere, um Behörden, Bürgern und Unternehmen unnötige Bürokratie zu ersparen.

Vernetzung statt Zentralisierung

Entscheidend ist nicht, wo die Daten liegen und ob Register „zentral“ oder „dezentral“ organisiert sind – entscheidend ist, dass Behörden Daten untereinander austauschen können. Daher geht es im Kern um eine Modernisierung der vorhandenen Prozesse und Institutionen und nicht um ein neues Zentralregister oder um die Schaffung noch einer Institution. Damit möglichst schnell ein Durchbruch für das digitale Deutschland erzielt wird, sollten folgende Punkte Realität werden:

- › **Ereignisbezogene Prozesse schnell digital umsetzen:** Hier gibt es bereits Vorschläge, wie das Kindergeld oder Elterngeld antragslos gewährt werden können – als fühlbare Umsetzung eines „Once only“-Prinzips.
- › **Registermodernisierung effizient steuern:** Gefordert sind hier der IT-Planungsrat und FITKO unter Beteiligung aller föderalen Ebenen.
- › **Standards nutzen:** Infrastruktur und sogenannte XÖV-Fachstandards sind vorhanden – es mangelt an Ressourcen und Prioritätensetzung bei der „Produktion“ von Standards.
- › **Recht und Gesetz dem digitalen Zeitalter anpassen:** Immer wieder verlangen Behörden die Schriftform und das persönliche Erscheinen – was meist überflüssig ist. Das gehört abgeschafft und ist durch digitale Dokumente und Identitäten zu ersetzen. Automatisierung muss der Regelfall sein, nicht die Ausnahme.

REGISTER- MODERNISIERUNG: SO GEHT'S